



Zwei Steuerwagen des ICE 2 in den Fahrzeugwerken Hennigsdorf

Foto: akg-images/picture-alliance

GDL setzt auf Sozialpartnerschaft

Lokführergewerkschaft schlägt auf ihrer Generalversammlung moderate Töne an

Die Lokführergewerkschaft GDL hat bei einem Festakt ihr 150-jähriges Jubiläum gefeiert. Bei dieser Gelegenheit machte die Führung ihre Sicht auf Privatisierungsfragen deutlich.

Von Hans-Gerd Öfinger

Mit langen Streiks hatte sich die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) über Jahre bei Bewunderern und Kritikern den Ruf einer besonders kämpferischen Interessenvertretung erworben. Dass sie nach stürmischen Jahren nun auf Ko-Management und Sozialpartnerschaft setzt, war bei der Generalversammlung unüberhörbar, die am Donnerstag in Ludwigshafen zu Ende ging. So schlug der von rund 95 Prozent der Delegierten im Amt bestätigte Gewerkschaftschef Claus Weselsky bei einem Festakt zum 150-jährigen Jubiläum seiner Organisation im Beisein von Politikern und Managern verschiedener Bahngesellschaften moderate Töne an: »Wir bewegen uns verantwortungsbewusst in der Tarifpartnerschaft und gemeinsam mit den Arbeitgebern«, erklärte das offenbar vom Saulus zum Paulus gewandelte CDU-Mitglied. »Wir wollen Sozial-

partnerschaft so leben, dass beide Seiten partizipieren. Ein Geschäft, das keinen Gewinn bringt, ist kein Geschäft«, so Weselsky, der den Begriff der »Sozialpartnerschaft« wiederholt benutzte und sich auch zu Sanierungen und zum »Wettbewerb als Grundlage unserer Wirtschaftsordnung« bekannte. Der Festakt endete mit dem Absingen der Nationalhymne. Neben der Bestätigung Weselskys und seiner Stellvertreter Norbert Quitter und Lutz Schreiber standen in der nicht öffentlichen Arbeitstagung auch zahlreiche Anträge zu Organisation und Satzung sowie zu berufsspezifischen Fragen auf der Tagesordnung. So öffnet sich die GDL jetzt auch für Lokführer, die als Leiharbeiter eingesetzt werden. »Wir verdammen Zeitarbeit nicht per se, sie muss nur vergleichbare Einkommen bringen«, so Weselsky auf nd-Anfrage. Mehrere Anträge zur Sozialpolitik wurden verworfen, so etwa Forderungen nach Anhebung steuerrechtlicher Pauschbeträge bei Schwerbehinderung und nach Absenkung der Mehrwertsteuer für Arzneimittel auf sieben Prozent. »Der Antrag bezieht sich auf eine gesamtgesellschaftliche Forderung und betrifft nicht explizit

die berufsgewerkschaftlichen Ziele der GDL«, so die Begründung der Antragskommission für die Ablehnung und somit für einen Verzicht auf politische Einnischung. Ein Leitantrag zur »Stärkung des Eisenbahnsystems« kritisierte die mit der Umwandlung der alten Staatsbahnen in die Deutsche Bahn AG (DB) einhergehende Schrumpfung der Bahninfrastruktur und Schwächung der Schiene im Wettbewerb mit der Straße. Das Papier fordert eine neue »Strukturreform« mit Überführung der DB-Infrastrukturöchter in eine von Gewinnorientierung befreite Gesellschaft. Die DB-Transportunternehmen und andere Bahnen sollten hingegen »weiter Gewinne erwirtschaften«, so Weselsky, der so seine Vorliebe für das britische Modell der Bahnprivatisierung ausdrückte. Auf der Insel ist die defizitäre Infrastruktur in quasi-öffentlicher Trägerschaft, während gewinnorientierte Private den Personen- und Güterverkehr betreiben. »Wir können die Privatisierung eh nicht verhindern«, antwortete Weselsky auf die Frage nach seinem Standpunkt zum aktuellen Tausch um einen Verkauf der stadteigenen Erfurter Bahn. Am Mittwochabend hatte der Erfurter Stadt-

rat einstimmig den von SPD-Oberbürgermeister Andreas Bausewein angedachten Verkauf der Regionalbahngesellschaft abgelehnt. Die GDL hat nach Angaben ihres Chefs derzeit rund 34 000 Mitglieder und besetzt etwa 500 Betriebsratsmandate, davon rund 350 bei der DB und 150 bei privaten Bahnen. Einen besonders hohen Organisationsgrad errang sie nach ihrer Neugründung Anfang 1990 unter den Lokführern in der sich auflösenden DDR. Unter den zahlreichen geladenen Ex-Vorständen und »Veteranen« aus Ost und West fehlte in Ludwigshafen Weselskys Vorgänger Manfred Schell, der seit 1989 GDL-Chef war und beim Eintritt in den Ruhestand 2008 zum Ehrenvorsitzenden gewählt wurde. Inzwischen hat er sich mit dem »Ziehsohn« überworfen. Dem Vernehmen nach wurde Schell 2015 wegen angeblich ausstehender Mitgliedsbeiträge ohne Chance zur Anhörung von den Leitungsgremien aus der GDL ausgeschlossen. Er wehrte sich vor Gericht erfolgreich gegen die Vorwürfe, verzichtete jedoch auf einen Kampf um Wiederaufnahme. In einem in Ludwigshafen präsentierten Film über die 150-jährige Historie der Gewerkschaft kam Schell nicht vor.

»Die studentischen Beschäftigten sind heute so gut organisiert wie seit vielen Jahren nicht.«

Tina Böhmer, Uni-Tarifinitiative

Die Veranstaltung war mit rund 30 Leuten nur spärlich besucht. Der steigende Organisationsgrad unter den studentischen Beschäftigten macht den Aktivist_innen dennoch Mut, den Druck auf die rot-rot-grüne Landesregierung zu erhöhen. Diese hatte im Koalitionsvertrag steigende Entgelte für studentische Beschäftigte angekündigt. »Mindestens der Entwicklung der realen Lebenshaltungskosten entsprechen« sollen sie. Die Politik muss die Hochschulen nun in die Pflicht nehmen.

Hoffnungsvolle Signale für Pädagogen und Wissenschaftler

Auf ihrem Gewerkschaftstag sagte die GEW prekären Beschäftigungsverhältnissen im Bildungsbereich den Kampf an

Der Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) erarbeitete die Ziele der Bildungspolitik für die kommenden vier Jahre. Eine zentrale Aufgabe ist und bleibt die Inklusion.

Von Dirk Farke

»Bildung. Weiter denken!« lautete das Motto des 28. Gewerkschaftstages der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), der vom 6. bis 10. Mai in Freiburg stattfand. 432 Delegierte diskutierten und entschieden über Positionen und Ziele der GEW zu bildungs- und tarifpolitischen Themen. Der Gewerkschaftstag ist das höchste Beschlussgremium der GEW und bestimmt die Ziele der Arbeit für die kommenden vier Jahre. Leider war die Wahl des geschäftsführenden Vorstandes entgegengesetzt allen Prognosen am Dienstagmittag immer noch nicht beendet, sodass für unabdingbare Forderungen zur politischen Agenda viel weniger Zeit verblieb, als ursprünglich vorgesehen war. Und dennoch, die hier gefassten Beschlüsse der Delegierten postulieren nichts weniger als einen Paradigmenwechsel

in den wichtigsten gesellschaftspolitischen Bereichen, vor allem in der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Bildungspolitik. Eine zentrale Aufgabe in der Bildungspolitik ist und bleibt nach Auffassung der Delegierten die Inklusion. Gemäß der im Jahr 2009 verabschiedeten UN-Behindertenrechtskonvention haben Eltern behinderter Kinder in Deutschland das Recht und nach Ansicht vieler Interpreten der Konvention auch die Pflicht, eine Beschulung ihrer Kinder an einer Regelschule durchzusetzen. »Weg von den Defiziten der anderen, hin zu den Defiziten im Bildungssystem«, fordern die GEW-Delegierten in ihrem Beschluss. Weiter heißt es dort, aktuell fehle es an Geld und Zeit, an pädagogischem Personal und multiprofessionellen Teams. Für alle Menschen müssten – unabhängig von ihrer sozialen und ethnischen Herkunft, von Geschlecht, Behinderung, Aufenthaltsrechtlichem Status und anderen sozialen und persönlichen Voraussetzungen – eine gleichberechtigte Teilhabe an Bildung sowie Chancen für den größtmöglichen Bildungserfolg gewährleistet werden.

In Zeiten von Ausgrenzung und jahrzehntelanger neoliberaler Wirtschaftsdominanz positioniert sich die GEW aktiv gegen rechts. Eine gleichzeitige Mitgliedschaft in der GEW und der AfD stünden sich diametral entgegen und seien deshalb ausgeschlossen, lautet ein wichtiger Beschluss, eingebracht vom Bundesausschuss der Studentinnen und Stu-

Eine gleichzeitige Mitgliedschaft in der GEW und der AfD stehen sich diametral entgegen und sind deshalb ausgeschlossen.

Beschluss auf dem GEW-Gewerkschaftstag

denten. Ein wichtiges Signal geht ferner aus von der Aufforderung, anlässlich des 45. Jahrestages des Radikalenerlasses eine zweite bundesweite Berufsverbote-Konferenz mit begleitender Pressekonferenz durchzuführen, um dieses weiterhin aktuelle politische Thema aufzugreifen.

Das Ziel bleibt für die GEW, eine Beendigung der kollektiven Verfolgung demokratischer Kräfte durchzusetzen und die Rehabilitierung der Betroffenen zu erreichen. Ein zunehmendes Problem auch für die GEW sind prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Mittlerweile verfügen im Bildungssystem rund 30 Prozent der Beschäftigten über keinen unbefristeten Arbeitsvertrag mehr. Zahlen, wie man sie sonst nur aus dem Niedriglohnbereich für gering Qualifizierte kennt. Doch zunehmend greifen sie auf den gesamten Bildungssektor über: Minijobs in Kitas, befristete Lehrtätigkeit mit geringem Verdienst in der Familienbildung oder an den Hochschulen und schlecht bezahlte Zeitverträge an Volkshochschulen, die leider auch an den Regelschulen immer mehr zur Regel werden. Genau in diese Kerbe schlug auch Bernd Riexinger, Vorsitzender der Partei die LINKE, in seinem Gastrednerbeitrag. Längst hätte mehr Geld in die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern gesteckt werden müssen, sagte er. Stattdessen plane die noch amtierende Bundesregierung, die Rüstungsausgaben weiter zu er-

höhen. »Der gesellschaftliche Reichtum muss endlich ordentlich umverteilt werden«, so Riexingers Forderung. Es dürfte viel Wasser die Dreisam herabgelaufen sein, seit ein amtierendes Mitglied der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di auf einem GEW-Gewerkschaftstag zuletzt soviel Beifall erhalten hat. Die als GEW-Vorsitzende wiedergewählte Marlis Tepe bemerkte im Anschluss: »Ich hätte an dieser Stelle dasselbe sagen können. Wir haben viele gemeinsame bildungspolitische Forderungen, wir haben nur noch nicht die entsprechende Wählermehrheit.« Die GEW kann und muss nun den langsam Fahrt aufnehmenden Bundestagswahlkampf dazu nutzen, um durch verschiedene Maßnahmen und Aktionen Druck auf die Politik auszuüben. Die amtierende Große Koalition und die gelb-schwarze Vorgängerregierung haben die Bildung in die Bredouille gebracht. Bleibt zu wünschen, dass sich die haushaltspolitischen Rahmenbedingungen für die dringendsten bildungspolitischen Maßnahmen mit der kommenden Regierung endlich wieder ändern werden.